

Der Bruderrat
der Evangelischen Kirche
der altpreuussischen Union .

z.Zt. Breslau, den 15. Dez. 1936

I. Die Kirchenausschüsse sind gescheitert.

Die Kirchenausschüsse wollten die gefährdete Einheit der Deutschen Evangelischen Kirche unter Umgehung einer Entscheidung über die theologischen Grundlagen der Deutschen Evangelischen Kirche retten. Nachdem die Kirchenausschüsse ein Jahr lang gewirkt haben, ist die Hoffnung auf eine Deutsche Evangelische Kirche ihrer Erfüllung ferner denn je. Vielmehr fällt alles in Gruppen auseinander.

Die Kirchenausschüsse wollten den öffentlich-rechtlichen Charakter der Kirche wahren. Nachdem die Kirchenausschüsse ein Jahr lang gewirkt haben, ist die Kirche aus dem öffentlichen Leben fast ganz ausgeschlossen, das Recht der Kirche ungewisser denn je. Der staatliche Rückhalt versagt.

Die Kirchenausschüsse wollten Leitung und Vertretung der Kirche sein ohne rechtmässige Berufung durch die Kirche. Nachdem die Kirchenausschüsse ein Jahr lang gewirkt haben, sucht der Reichskirchenausschuss von allen möglichen, einander widerstrebenden Kreisen und Gruppen die kirchliche Beauftragung zu erreichen.

Die Kirchenausschüsse wollten das Unrecht gut machen. Nachdem sie ein Jahr lang gewirkt haben, sehen wir unmöglich gewordene DC-Machthaber in bevorzugten Ämtern, manche Brüder aber, an denen Gewalt geschehen ist, nach wie vor ohne Recht.

II. Was hat uns dieses Jahr der Kirchenausschusspolitik gekostet?

Die Einheit der Bekennenden Kirche ist zermürbt worden. Unter Ausnutzung persönlicher Beziehungen, unter Hinweis auf die allgemeine Gefahr der Kirche, mit konfessioneller Diffamierung und politischer Verdächtigung, durch Duldung der gegen die Bekennende Kirche gerichteten Massnahmen der Staatspolizei, selbst durch Vorlegung von Reversen hat man die Aufspaltung der Bekennenden Kirche betrieben. Dieses Bestreben hat oft genug Erfolg gehabt.

Die grossen Fragen, ohne deren Lösung die Kirche heute nicht leben kann, sind verschleiert worden.

Die Bekennende Kirche begann damit, die Botschaft der Heiligen Schrift nach Massgabe der Bekenntnisse unserer Kirche dem Menschen unserer Tage lösend und bindend und die ganze Kirche verpflichtend zu sagen. Die Ausschüsse haben diesem Wollen entgegen gewirkt.

Die Bekennende Kirche begann Ernst zu machen mit dem allgemeinen Priestertum aller Gläubigen. Wo die Ausschüsse sich durchgesetzt haben, stehen an der Stelle der verantwortlich redenden und handelnden Gemeinde mit Gewalt gesetzte, der Gemeinde nicht verantwortliche Personen und Personenkreise.

Die Bekennende Kirche begann ihren Dienst an Volk und Staat auszurichten, indem sie Regierende und Regierte an Gottes Gebot, Gottes Gerechtigkeit und Gottes Reich erinnerte. Um taktischer Rücksichten willen haben die Ausschüsse und ihre Freunde dies öffentliche Verkündigen abgeschwächt, unterlassen oder gar bekämpft.

Dabei werden die eigentlich dringlichen Entscheidungen verschleiert: In den Vordergrund geschoben wird die auch nötige Auseinandersetzung der verschiedenen reformatorischen Bekenntnisse, die auch berechtigte Frage nach dem Verhältnis von Bischof und Synode, die unsachliche Frage nach der Liebenswürdigkeit oder Unliebenswürdigkeit oder Nichtfrömmigkeit von Personen.

III. Was soll nun geschehen?

Ist es vor Gott verantwortlich, das Geschick der Kirche den Ausschüssen nun erst recht in die Hand zu geben? Ist es vor Gott verantwortlich, die Einheit der Kirche, die aus der Verkündigung erwächst, zu verachten und anstatt dessen Kircheneinheit durch Interessenähnlichkeit anzustreben in der Art, wie im parlamentarischen Staat ein Regierungsblock gebildet wurde?

Soll es nicht vielmehr so sein, dass wir alle endlich diese Wege menschlichen Klugseins verlassen, und uns in der Besinnung auf die wahren Quellen kirchlicher Kraft zusammenschliessen, indem wir wieder beginnen, uns um die einhellige Verkündigung, um die Einbeziehung der Gemeinde in die Verantwortung für die Kirche, um die Sammlung aller, die nicht Helden werden, sondern Christen sein und bleiben wollen, zu mühen?

Liebe Brüder! Zu diesem neuen Anfang rufen wir Euch alle heute auf! Versagt Euch diesem Ruf nicht! Jede Entscheidung, der man ausweicht, kommt im vielfachen ihres Gewichtes zu uns zurück!

.... Der preussische Bruderrat ermahnt die Gemeinden und Pfarrer, der Kirchenleitung des Provinzialbruderrates Gehorsam zu leisten und der Gefährdung der kirchlichen Einmütigkeit mahnend und mit brüderlichem Ernst zu begegnen. Er warnt alle, die es angeht, sich selbst durch billige Entschuldigungen zu betrügen, als ob uns Christen die Freiheit gegeben wäre, zum Unrecht in der Kirche zu schweigen, wenn wir uns stark genug vorkommen, dieses Unrecht noch zum besten der Kirche ausnutzen zu können:

Wer durch Sammlung möglichst vieler Gruppen mit ähnlichen Interessen Einheit und Kraft der Kirche schaffen und sichern will, hat keine Verheissung. Wer sich um die Einhelligkeit der reinen Verkündigung müht und von ihr für die Kirche das Entscheidende erwartet, dem gilt der Trost:

Gottes Wort bleibt in Ewigkeit.

gez. Müller

=====

Kanzelabkündigung am Sonntag, den 29. Nov. 1936
in der Samariterkirche zu Berlin.

Ich erhielt gestern die Aufforderung, das Resultat der Pfarrwahl vom vorigen Montag bekannt zu geben. Ich bin dazu nicht in der Lage aus folgenden Gründen:

Seit Mai 1935 haben wir immer wieder darauf hingewiesen, dass dieser Gemeindegemeinderat das Recht verwirkt hat, im Namen der Samaritergemeinde zu handeln.

Seine Tätigkeit in unserer Gemeinde stellt eine Kette von unkirchlichem Handeln, Gesetzlosigkeiten und Terrorakten dar. Eine Anzahl seiner Mitglieder haben sich schwerste Verfehlungen zuschulden kommen lassen, wie Gottesdienststörung; Einbrüche, Gewalttaten, körperliche Misshandlungen, geldliche Unregelmässigkeiten usw. Sogar bei der Bezahlung des Crucifixus auf dem Altar ist eine solche vorgekommen. Wir begnügen uns heute mit dieser kurzen Zusammenfassung, behalten uns aber vor, evt. die Einzelheiten der Gemeinde bekannt zu geben.

Alle diese Tatsachen sind dem Konsistorium und dem Provinzialkirchenausschuss bekannt, ohne dass eingegriffen worden wäre. Im Gegenteil: Der Provinzialkirchenausschuss hat sich auf die Seite dieses GK gestellt und von mir verlangt, ihn zu Sitzungen einzuberufen. Als ich mich aus Gewissensgründen weigerte, hat er mir die Geschäftsführung

entzogen und sie einem auswärtigen Emeritus übertragen. Dagegen ist auf unsern Antrag vom 20. August 1936, diesen GK aufzulösen, bisher nichts erfolgt. Nur dadurch, dass der Provinzialkirchenausschuss einen Kommissar mit dem Vorsitz des Gemeindekirchenrates betraut hat, ist es möglich geworden, dass dieser formal wieder in Erscheinung treten konnte. Somit hat der PKA auch die Wiederbesetzung der 1. Pfarrstelle in die Hand dieses GK gelegt. Wir sind dagegen der Ansicht, dass die Wahl eines Pfarrers nur durch wahrhaft kirchliche Körperschaften erfolgen darf, und nicht durch solche Kreise, die durch ihr Handeln das Ansehen unserer Kirche schwer geschädigt haben. Da ich aus diesem Grunde die Wahl nicht als gültig anerkennen kann, so sehe ich mich auch ausserstande, der Gemeinde das Wahlresultat bekannt zu geben.

Es ist mir tief schmerzlich, solche Dinge von der Kanzel sagen zu müssen. Wir haben bis jetzt geschwiegen und die Tatsachen lediglich den zuständigen Stellen mit der Bitte um Abhilfe vorgetragen. Da aber genau das Gegenteil erfolgt ist und die gerügten Tatsachen durch die Wiedereinberufung des GK sozusagen zum System erhoben sind, so wäre ein längeres Schweigen Sünde wider den göttlichen Auftrag, den wir haben. Zwar haben wir Sündern das Evangelium von der Vergebung zu predigen. Wenn aber das Unrecht zu einer Macht in der Gemeinde wird und die Gewissen verwirrt, dann haben wir nach dem Vorbild der Heiligen Schrift, die jede Sünde beim Namen nennt, öffentlich dagegen zu protestieren, damit die Gemeinde keinen Schaden nehme.